

Sozialdialog verzweifelt gesucht

Regierung und Sozialpartner treffen sich erstmals wieder zu einer „Tripartite light“

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

Wegen des heute und morgen in Brüssel stattfindenden Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs, auf dem sich die Zukunft von Ex-Premier Juncker entscheiden dürfte, kam der Regierungsrat in dieser Woche ausnahmsweise an einem Mittwoch zusammen. Die Ministerrunde beschloss dann auch, besagten Jean-Claude Juncker zum Ehrenstaatsminister zu ernennen, derweil die Schatzamtsdirektorin Isabelle Goubin Verwaltungsratspräsidentin der CSSF werden soll.

„Omnibus“-Gesetz auf der Zielgeraden

Daneben befasste sich der Regierungsrat aber auch mit der Funktionsweise der Cafeteria des „Natur Musée“ (Einzelheiten waren nicht zu erfahren) wie auch mit dem so genannten „Omnibus“-Gesetz zur administrativen Vereinfachung, von dem nicht weniger als zehn Gesetze und drei großherzogliche Reglemente betroffen sind. Das entsprechende Gesetzesprojekt soll noch vor der Sommerpause im Parlament deponiert werden.

Erste Schnupperrunde zwischen Regierung und Sozialpartnern

Gestern fand aber hauptsächlich eine erste, vorsichtige Schnupperrunde zwischen Regierung und Sozialpartnern statt, nachdem diese sich zuletzt Ende 2011 im Rahmen einer Tripartite gesehen hatten, die seitdem gestorben war. Das gestrige Treffen, bei dem der Index zur Diskussion stand, kann dann auch als eine Art „Tripartite light“ bezeichnet werden, würde sich die Regierung doch eine Rückkehr zum Sozialdialog wünschen. Allerdings nicht zu jedem Preis, wie Premier Bettel im gestrigen Pressebriefing unterstrich, werde die Regierung doch ggf., das heißt wenn sich die Sozialpartner nicht einigen, ihre Verantwortung übernehmen. Eine zweite Gesprächsrunde ist indes noch vor der Sommerpause geplant. Wie Xavier Bettel unterstrich, wolle diese Regierung nämlich eine Regierung der Vorhersehbarkeit sein, und nicht die der Überraschung. In ihrem gestern vorgestellten Dokument verspricht die Regierung, zum herkömmlichen Indexmodus zurückzukehren und in Zukunft nicht mehr als eine Indexbranche pro Jahr auszuzahlen. Sollte sich die Inflation aber wieder derart anheizen, dass

mehr als zwei Tranchen erfallen würden, müssten sich Regierung und Sozialpartner wieder zusammensetzen, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.

Patronat sollte Realität ins Auge sehen

Das Patronat steht dem Regierungsvorschlag aber zum jetzigen Zeitpunkt eher negativ gegenüber (siehe nebenstehend), was Vizepremier Etienne Schneider zur Bemerkung inspirierte, dass sich die Arbeitgeberseite doch bitte etwas flexibler zeigen sollte, zumal im Parlament keiner der 60 Abgeordneten den Index in Frage stelle. Das Patronat sollte dann auch endlich Mal „seinen Wortlaut ändern“, so Schneider. Eine Studie der Uni Luxemburg, in der Luxemburg mit unseren Nachbarstaaten Belgien (die ein vergleichbares System haben), Deutschland und Frankreich verglichen werde, habe indes gezeigt, dass das Indexsystem keine negativen Auswirkungen auf die Lohnkosten in Luxemburg habe. Er gebe seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeitgeber endlich der Realität ins Auge sehen, nämlich dass der Index den sozialen Frieden garantiere, für über die Hälfte der Beschäftigten den einzigen Kaufkraftausgleich darstelle und nun einmal zu Luxemburg gehöre. ●

REAKTIONEN NACH TREFFEN ZUM INDEX Geteilte Meinungen

Geteilter Meinung waren die Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gestern nach dem Treffen mit der Regierung in Sachen Index. Während die Gewerkschaftsvertreter die Rückkehr zum normalen Index-System begrüßten. „Das ist für uns auch die Grundlage um andere Dinge weiter entwickeln zu können“, sagte OGBL-Präsident Jean-Claude Reding gegenüber RTL. Der Dachverband der Arbeitgeberorganisationen, die UEL, meinte nachträglich in einer Pressemitteilung, dass die Veranstaltung keinen Sinn gemacht habe. Das sei von vornherein klar gewesen, habe doch die Regierung bereits zuvor ihre Absichten klar gemacht und sei das Treffen nicht vorbereitet worden. Die UEL weist darauf hin, dass im Regierungsprogramm ein Index-Gesetz vorgesehen gewesen sei, das die wirtschaftliche Dimension der Frage in Betracht ziehen würde. Aus Sicht der UEL kurbelt der Index-Mechanismus die Inflation an und schmälere die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, was sich negativ auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt auswirken würde.

LJ